



öffentlich

Betreff:
Finanzausgleichsgesetz

Erstellungsdatum 17.06.2002

Eingang 02:

Einreicher: PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.07.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die für die Stadt Potsdam zuständigen Landtagsabgeordneten von SPD, CDU und PDS zu einem Gespräch einzuladen, in dem die Vorstellungen der Stadt zur inhaltlichen Gestaltung des Finanzausgleichsgesetzes vermittelt und diskutiert werden. Ziel des Gesprächs sollte neben einer inhaltlichen Einflussnahme auch eine Beschleunigung der Erarbeitung dieses wichtigen Gesetzes sein.

Zu dem Gespräch sollten die Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung hinzugezogen werden.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit dem Finanzierungsausgleichsgesetz, das ab 2004 in Kraft treten soll, wird eine strategische Weichenstellung für die Gemeindefinanzierung im Land Brandenburg vorgenommen. Aus jüngsten Äußerungen von Innenminister Schönbohm ist zu entnehmen, dass er die besondere Situation der kreisfreien Städte anerkennt, aber insgesamt eine Verschlechterung der kommunalen Finanzausweisungen in den nächsten Jahren in Aussicht stellt. Die Stadt sollte rechtzeitig ihre Interessen wahrnehmen und auf die inhaltliche Gestaltung des Finanzausgleichsgesetzes Einfluss nehmen.